

09.07.2013

## Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktion der PIRATEN: „O tempora, o mores – wider die Aushöhlung von Grundrechten, Demokratie und digitaler Kultur durch zügellose Überwachung!“.  
- Drucksache 16/3436 -

**Umfassenden Schutz der informationellen Selbstbestimmung gewährleisten - Aufklärung der Überwachungsskandale dringend erforderlich!**

### I. Ausgangslage

Vor knapp einem Monat wurde bekannt, dass der Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten, die National Security Agency (NSA), in einem zuvor ungeahnten Ausmaß und in einer ungeahnten Qualität Zugriff auf die Nutzungsdaten zahlreicher großer Anbieter von Internetdiensten hat. Dieses Programm mit der Bezeichnung PRISM hat international wie national große Empörung hervorgerufen. PRISM bietet die Möglichkeit zu einer praktisch vollständigen Überwachung der elektronischen Kommunikation. Neben der Überwachung der elektronischen Kommunikation durch PRISM wurde mittlerweile auch bekannt, dass im Rahmen des Programms MICT allein im Jahr 2012 etwa 160 Milliarden Briefe erfasst werden.

Wenig später wurde auch das britische Überwachungsprogramm TEMPORA enthüllt. Nach bisherigem Wissensstand greift der britische Geheimdienst GCHQ mit TEMPORA auf transkontinentale Seekabel und damit auf einen wesentlichen Teil des Gesamtverkehrs des weltweiten Internets zu. Die Daten werden für 30 Tage gespeichert und gerastert. Nach Medienberichten läuft das Programm seit 18 Monaten. Die Daten stehen diesen Berichten zufolge auch der NSA zur Verfügung.

Noch sind nicht alle Details des PRISM-Programms bekannt. Nach aktuellen Informationen greift der US-amerikanische Geheimdienst NSA mit PRISM auf Daten der größten Internetserviceprovider (u.a. Google, Facebook, Skype) zu. Betroffen sind offiziell Nicht-US-

Datum des Originals: 09.07.2013/Ausgegeben: 09.07.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Bürgerinnen und Bürger. Nach Auswertungen des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ ist von einer Überwachung von rund einer halben Milliarde Telefonaten, E-Mails oder SMS pro Monat in Deutschland durch die NSA auszugehen. Im genannten Bericht wird für durchschnittliche Tage eine Speicherung von bis zu 20 Millionen Telefonverbindungen und etwa 10 Millionen Internetdaten angegeben. Dies stellt einen massiven und völlig unverhältnismäßigen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und damit auch in Nordrhein- Westfalen dar.

Laut US-Regierung wird die rechtliche Grundlage durch eine Geheimverfügung eines geheimen Gerichts hergestellt. Durch diese Anordnung kann eine pauschale Überwachung eines Nicht-US-Bürgers für den Zeitraum von einem ganzen Jahr gestattet werden. Insbesondere diese Vorgehensweise jenseits der demokratischen Öffentlichkeit löst in vielen Staaten Europas größtes Befremden aus.

Inzwischen wurde ebenfalls bekannt, dass auch Bundesregierung, Botschaften und EU-Einrichtungen möglicherweise abgehört wurden.

Damit sind nicht nur sensible private Daten, sondern womöglich auch sensible Kommunikation von Verfassungsorganen, wie dem Bundestag oder der Regierung, sowie für Wirtschaftsspionage interessante Daten bzw. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von Unternehmen betroffen. Vor diesem Hintergrund hat die Behauptung, das Überwachungsprogramm diene ausschließlich zur Terrorabwehr, jede Glaubwürdigkeit verloren.

Alles weist daraufhin, dass mit den beschriebenen Datenzugriffen gegen alle internationalen Regelungen zum Datenschutz, darunter auch die Europäische Menschenrechtskonvention, verstoßen wird, weil völlig anlasslos und unverhältnismäßig gespeichert und gerastert wird. Sowohl die USA als auch Großbritannien haben sich internationalen Vertragswerken unterworfen, die grundlegende Datenschutz- als auch Rechtsstaatsprinzipien wie den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz festschreiben.

Mehrere internationale Abkommen regeln den Datenaustausch zwischen Europa und den USA. Die aktuellen Affären zeigen hierbei die Notwendigkeit auf, diese Regelungen zu überprüfen. Das Europäische Parlament hat in seiner Sitzung am 4. Juli 2013 insbesondere eine Überprüfung des Safe Harbor Abkommens eingefordert. Es äußerte ebenso seine Bedenken zu den Überwachungsprogrammen insgesamt und forderte eine Überprüfung, inwiefern diese Programme mit Primär- und Sekundärrecht der Europäischen Union vereinbar sind. Es betonte darüber hinaus, dass alle Unternehmen, die in der EU Dienstleistungen erbringen, die Rechtsvorschriften der EU einhalten und für etwaige Rechtsverstöße haften müssen. Es hat ebenso festgestellt, dass die Europäischen Datenschutzstandards – auch diejenigen, die durch die EU-Datenschutzreform noch entwickelt werden – nicht durch das geplante Freihandelsabkommen unterminiert werden dürfen.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

Die Programme PRISM und TEMPORA stellen nach derzeitigem Erkenntnisstand massive und unverhältnismäßige Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens und der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse nordrhein-westfälischer Unternehmen dar. Staatliche Eingriffe bedürfen einer transparenten Rechtsgrundlage und müssen verhältnismäßig sein.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will den Grad der Bedrohung der Freiheit und der nationalen Sicherheit offenbar nicht wahrnehmen. Es sind keinerlei wirksame Aktivitäten zur Aufklärung oder zur Eindämmung ersichtlich. Die defensive Haltung der Bundesregierung und das Versteckspiel von Bundeskanzlerin Merkel reichen nicht aus.

Die Bundesregierung muss nun endlich offensiv den Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger und der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der hiesigen Unternehmen einfordern. Eine flächendeckende Überwachung der Bevölkerung und Ausforschung der Unternehmen ist zwischen befreundeten Staaten nicht akzeptabel.

Zudem muss die Bundesregierung dringend Klarheit darüber schaffen, wann ihr welche Erkenntnisse über die Überwachungsmaßnahmen der verbündeten Staaten vorlagen. Zudem ist dringend zu klären, was der Bundesnachrichtendienst (BND) wusste und in welcher Form er ggf. involviert war.

Unter dem Eindruck von PRISM und Tempora droht das Verhältnis zu den westlichen Verbündeten Schaden zu nehmen. Ein Vertrauensverlust der deutschen Bevölkerung ist zu befürchten. Vor diesem Hintergrund sind die Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in besonderer Weise gefordert, die deutsche Bevölkerung ebenso wie die deutsche Politik vollumfänglich über das Ausmaß, die Methoden und die Rechtsgrundlagen von PRISM und Tempora zu informieren.

### III. Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag drückt seine tiefe Besorgnis über die im Zusammenhang mit PRISM und Tempora bekannt gewordenen Zugriffe britischer und US-amerikanischer Geheimdienste auf Kommunikationsdaten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung aus. Der Landtag lehnt die damit verbundenen unverhältnismäßigen Eingriffe in die Privatsphäre der Bevölkerung und das Ausforschen der Unternehmen ab. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, auf eine sofortige Beendigung der Abhör- und Spionagepraxis hinzuwirken.
2. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich für Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit und der Politik zu sorgen.
3. Der Landtag appelliert an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und an die Regierung des Vereinigten Königreichs, gegenüber ihren Verbündeten Klarheit über Ausmaß, Methoden und Rechtsgrundlagen der Programme PRISM und TEMPORA zu schaffen.
4. Der Landtag unterstützt den Appell des Europäischen Parlaments, diejenigen Abkommen, die derzeit und zukünftig den Datenaustausch zwischen den USA und Europa regeln, zu überprüfen und auf einen wirksamen Schutz der Privatsphäre der Europäerinnen und Europäern hinzuwirken.

Norbert Römer  
Marc Herter  
Hans-Willi Körfges  
Thomas Stotko

und Fraktion

Reiner Priggen  
Sigrid Beer  
Matthi Bolte

und Fraktion